

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Effektive Bekämpfung der Drogenkriminalität

Nach einer zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln am 27. Dezember 2004 in Bremen ist ein mutmaßlicher Drogenhändler verstorben.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Handel mit Drogen kriminelles Unrecht und eine konsequente Strafverfolgung mit allen rechtstaatlichen Maßnahmen geboten ist. Dazu gehört auch die Sicherstellung von Beweismitteln. Neben dem Strafverfolgungsanspruch des Staates sind in gleichem Maße Aufsichts- und Obhutspflichten gegenüber mutmaßlichen Straftätern zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert den Tod eines mutmaßlichen Drogenhändlers im Zusammenhang mit der zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln mittels einer Magensonde am 27. Dezember 2004.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Umstände des Brechmitteleinsatzes vom 27. Dezember 2004 vorbehaltlos untersucht und die Bürgerschaft (Landtag) über das Ergebnis der Untersuchung informiert wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass das Verfahren der Exkorporation mit dem Ziel der Sicherstellung der Beweismittel zur verlässlichen Überführung von mutmaßlichen Drogendealern durch Beschluss des Senats am 24. Januar 2005 wie folgt neu geregelt wurde:

„Danach ist es weiterhin unverzichtbar, mit aller Konsequenz gegen den gewerblichen Drogenhandel in Bremen vorzugehen und die dazu erforderlichen Beweise auch durch Exkorporation zu sichern. Deshalb wird am freiwilligen Einsatz des Brechmittels zur Beweissicherung festgehalten. Widersetzt sich der Betroffene diesem Verfahren, soll eine Haft bzw. Unterbringung mit dem Ziel der Beweissicherung erfolgen. Die Geeignetheit und Wirksamkeit der beschriebenen Maßnahmen werden nach einem halben Jahr vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Polizei und Staatsanwaltschaft und auch unter Berücksichtigung der möglichen Ergebnisse des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens zu den Umständen des tragischen Vorfalles vom 27. Dezember 2004 bewertet und gegebenenfalls angepasst.“

Hermann Kleen, Wolfgang Grotheer,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Rolf Herderhorst, Catrin Hannken,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU